



67. Sitzung

Dienstag, den 23.10.2018

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	4290	Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2018 bis 2023	
Landshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)		Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
Gesetzentwurf der Landesregierung		– Drucksache 17/7301 –	4290
– Drucksache 17/7300 –		Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen: . .	4290
Erste Beratung		<i>Nach Begründung Unterbrechung der ersten Beratung</i>	4302
dazu:			

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthaler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Jens Ahnemüller, fraktionslos, Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD, Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU.

**67. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 23.10.2018**

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie recht herzlich zur 67. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegin Dr. Rehak-Nitsche und der Kollege Dr. Martin. Frau Rehak-Nitsche wird die Redeliste führen. Entschuldigt fehlen heute der Kollege Jens Ahnemüller, die Kollegin Bublies-Leifert und die Kollegin Kohnle-Gros.

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Mainz-Oberstadt. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Ältestenrat wurde vereinbart, dass gemäß der Praxis der vergangenen Jahre im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Fragestunde und keine Aktuelle Debatte stattfindet.

Wir kommen zur Feststellung der Tagesordnung. Hier gibt es keine Einwände oder Ergänzungswünsche. Dann wird nach der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2019/2020
(LHG 2019/2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache [17/7300](#) –
Erste Beratung

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die
Jahre 2018 bis 2023**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/7301](#) –

Ich erteile der Ministerin der Finanzen das Wort.

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, die Planung und Ausgestaltung eines Haushalts ist kein Selbstzweck, sondern immer in Zahlen gegossene aktive Politik. Wenn wir davon sprechen, dass wir mit diesem Doppelhaushalt gemeinsam und zuversichtlich die Zukunft unseres Landes gestalten wollen, haben wir den Alltag der Bürgerinnen und Bürger dabei fest im Blick.

Unsere Politik und ganz konkret dieser Doppelhaushalt stehen für gleiche Rechte für alle, für eine Gesellschaft des Miteinanders statt des Gegeneinanders. Wir machen keine Politik für bestimmte Gruppen, sondern für alle Menschen in unserem Land.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuell erleben wir besondere Zeiten. Wir spüren Veränderungen in unserer Gesellschaft und im Miteinander. Es sind Risse entstanden, die Auseinandersetzungen werden härter, und der Ton wird oft schroffer.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat letztes Jahr in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit hier in Mainz zur Lösung, wie wir mit den aktuellen Herausforderungen umgehen sollten, gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Mit einer Politik, die offene Fragen nicht wegmoderiert, sondern die Zukunft in die Hand nimmt. Wenn das das Leitmotiv aller Politik wird, dann bewahren wir das Deutschland, das die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich wünscht: ein demokratisches Land, ein weltoffenes und europäisches Land, ein Land, das zusammenhält.“

Dies ist auch das Ziel, für das wir in Rheinland-Pfalz arbeiten. Dieser Doppelhaushalt ist ein Haushalt des Zusammenhalts, ein Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Ein Haushalt, der alle in den Blick nimmt – diejenigen, die aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitarbeiten, ebenso wie diejenigen, die den Glauben an eine bessere Zukunft vielleicht verloren haben. Alle in den Blick zu nehmen, das ist unser Anspruch.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele von uns schauen mit Sorge auf aktuelle Entwicklungen in unserem Land und weltweit.

Populistische Kräfte finden Gehör, die Debatten in der Gesellschaft und auch in den Parlamenten verändern sich. Die Herabwürdigung bestimmter Gruppen, Hetze gegen einzelne Personen oder Teile der Bevölkerung nehmen zu. Zugleich stellen wir fest, dass rechtspopulistische Positionen auch mit einer deutlich antifeministischen Haltung verknüpft werden. Egal, wo solche Positionen vertreten werden, geht uns das alle an. Starke und mutige Frauen kämpfen seit vielen Jahrzehnten für Frauenrechte – ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass wir in diesem Jahr das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ feiern. Wir haben bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen viele Fortschritte gemacht. Jetzt gilt es, diese Fortschritte zu verteidigen. Die Landesregierung tritt klar ein gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit und auch jede Form der Frauenfeindlichkeit. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Miteinander und zur Menschlichkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben miteinander und wirtschaften miteinander. Rheinland-Pfalz bietet attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,5 % im Jahr 2017 lagen wir auf dem dritten Platz der Flächenländer. Wir stellen uns Veränderungen in der Arbeitswelt. Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer waren und sind schon immer innovativ. Wir haben einfach viele gute Gründe, optimistisch in das nächste Jahrzehnt zu blicken. Gesellschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und

eine intakte Natur sind Bestandteil unserer Grundüberzeugungen. Das alles hält uns zusammen.

Gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung arbeiten wir für eine Gesellschaft des Zusammenhalts. In Rheinland-Pfalz wird gesellschaftlicher Zusammenhalt großgeschrieben. Gemeinsame Werte, Vielfalt und Toleranz haben hier ihren festen Platz. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind stark darin, die Gesellschaft durch ihr bürgerschaftliches Engagement zu bereichern. Wir sind ein europäisches Land, stehen ein für Demokratie und Gerechtigkeit, für soziale und Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Dieses Verständnis liegt unserem Haushalt zugrunde. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Haushalt die richtigen Weichen stellen, um die Zukunft gemeinsam und zuversichtlich zu gestalten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine positive Ausgangslage. Unsere finanziellen Möglichkeiten im Landshaushalt sind aktuell gut. Die Steuereinnahmen sind hoch. Wir haben in der Vergangenheit solide gewirtschaftet.

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider,
CDU)

Jetzt gehört es zu den wichtigsten Aufgaben, mit dieser Situation verantwortungsvoll umzugehen und unsere finanziellen Möglichkeiten gezielt zu nutzen. Für die Landesregierung heißt das: Wir legen Ihnen heute schon für 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vor und erreichen dies auch im Jahr 2020. In beiden Jahren nehmen wir keine neuen Schulden auf. Dies ist für die finanzielle Entwicklung unseres Landes ein sehr erfreuliches Ergebnis.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
richtig!)

Auch allgemein ist die Situation des Landes solide und positiv. Das Bruttoinlandsprodukt ist, wie gesagt, im Jahr 2017 preisbereinigt um 2,5 % gestiegen. Wir haben eine hohe Beschäftigung. Die Statistik weist so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aus wie nie zuvor. Wir haben eine gute und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Wir haben aber auch im Blick, dass es nicht allen Menschen gut geht, zum Beispiel lebt jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut.

Deswegen muss es insbesondere in wirtschaftlich guten Zeiten darum gehen, mit geballter Kraft die Dinge anzugehen, die noch nicht gut laufen. Und jetzt haben wir diese Kraft, gezielt in die Zukunft zu investieren, damit alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können.

Dieser Doppelhaushalt tut eine ganze Menge für Rheinland-Pfalz.

Wir wollen gemeinsam und zuversichtlich die Zukunft des Landes gestalten.

Wir stellen jetzt wichtige Weichen für die Jahre 2019, 2020 und darüber hinaus.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir tun, möchte ich Ihnen heute vorstellen:

Ich möchte zunächst auf die Finanzen eingehen – also auf den ausgeglichenen Haushalt und die Vorsorge für die Zukunft.

Danach stelle ich Ihnen die Inhalte des Haushalts vor – wie der Haushalt konkret dazu beiträgt, gemeinsam und zuversichtlich die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz zu gestalten.

Abschließend ist mir die Finanzplanung wichtig, weil sie einen umfassenden finanziellen Ausblick auf die weiteren Jahre bis 2023 gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was die Landesregierung Ihnen heute vorlegt, ist nichts Alltägliches, nichts Kleines. Es ist der Nachweis einer konsequenten Politik – der Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Mit unserer soliden Haushaltspolitik schaffen wir die Grundlage dafür, Handlungsspielräume auch für die Zukunft zu erhalten.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf kommt ohne neue Schulden aus – und das bereits ab dem Jahr 2019. Zum ersten Mal seit der Finanzreform im Jahr 1969 ist keine Nettokreditaufnahme im Haushaltsplan enthalten. Wir werden planmäßig Schulden tilgen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir schaffen mit diesem Haushalt noch mehr als das: der Haushalt ist auch strukturell ausgeglichen, wir planen bewusst Überschüsse ein, und wir sichern künftige Ausgaben über Rücklagen ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir legen Ihnen heute einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor.

Damit erreichen wir in der haushaltspolitischen Entwicklung unseres Landes einen Meilenstein. Hierauf haben wir seit langer Zeit konsequent hingearbeitet.

Dieser Haushalt steht für mehr als die schwarze Null. Er enthält einen strukturellen Überschuss von 111 Millionen Euro im Jahr 2019 und 229 Millionen Euro im Jahr 2020.

Der strukturelle Überschuss ist für die Haushaltsplanung von zentraler Bedeutung, weil er die um Konjunkturschwankungen bereinigte Größe ist. Wir orientieren uns an einem strukturellen Einnahmepfad, dem die tatsächliche Entwicklung der letzten acht Jahre zugrunde liegt. Wir sehen dies als einen wichtigen Beitrag für eine langfristig tragfähige, nachhaltige Finanzpolitik.

Wir haben auch einen deutlichen Sicherheitsabstand zur verfassungsrechtlichen Schuldenbremse eingeplant – und das in beiden Jahren.

Wir haben ganz bewusst die politische Entscheidung getroffen, Überschüsse einzuplanen. Damit nutzen wir die aktuell wirtschaftlich guten Rahmenbedingungen, um für die Zukunft vorzusorgen. Der Sicherheitsabstand zur neuen Schuldenbremse beträgt über 100 Millionen Euro und die bis 2019 verbindliche bisherige Verschuldungsgrenze erfüllen wir mit noch viel größerem Abstand.

Wir sichern den Haushalt zusätzlich für die Zukunft auch über Rücklagen ab.

Wir steigen damit kraftvoll ein. Insgesamt wird die Absicherung 350 Millionen Euro umfassen. Davon entfallen 100 Millionen Euro jährlich auf die Haushaltssicherungsrücklage und 50 Millionen Euro jährlich auf die Rücklage für den Gigabit-Ausbau. Zudem werden 50 Millionen Euro der Kanther-Rücklage für steigende Pensionsausgaben zugeführt.

Der ausgeglichene Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wegweisend. Haushaltspolitik muss finanziell erfolgreich sein. Sie muss aber auch inhaltlich erfolgreich sein – politische Entwürfe und Umsetzungen ermöglichen, um die Zukunft unserer Gesellschaft aktiv zu gestalten. Genau das erreichen wir mit dem Doppelhaushalt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir heute einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, hat viele Jahre lang starke Anstrengungen gefordert. Aber der heutige Tag zeigt, es hat sich gelohnt, dass wir unseren ehrgeizigen Konsolidierungspfad konsequent verfolgt haben.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Im Jahr 2011 lag das strukturelle Defizit im Haushaltsplan infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise bei 1,6 Milliarden Euro. Wir haben eine Konsolidierungsplanung erstellt, weitreichende Konsolidierungsbeschlüsse verabschiedet und diese Schritt für Schritt konsequent umgesetzt. Ich kann mich an viele Debatten hier im Hause erinnern, in denen wir politisch sehr schwierige, aber finanziell notwendige Maßnahmen – in der Regel, Sie gestatten mir, ohne Unterstützung und mit heftiger Kritik der Opposition – beschlossen haben.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Zu Recht!)

Ich kann mich auch an Stimmen erinnern, Herr Weiland, die unsere Konsolidierungsplanung als hältloses Versprechen abtun wollten. Wir hatten die Kraft, diesen Weg zu gehen, und das war gut so.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Beispiele muss ich nennen. Ich erinnere an das Wasserentnahmementgelt,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Am Abend werden die Hühner gezählt!)

die Strukturveränderungen bei den Vermessungs- und

Katasterämtern oder die Begrenzung der Besoldungserhöhungen in den Jahren 2012 bis 2014 auf jeweils 1 %. Ich darf auch an andere Maßnahmen erinnern, zum Beispiel die Zuschussreduzierung an das Polen-Institut. Alles war umstritten,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Pensionsfonds!)

alles wurde kritisiert,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Zu Recht!)

aber belastbare Alternativvorschläge blieben in der Regel aus.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch in vielen anderen Bereichen die Ausgabensteigerungen begrenzt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die Konsolidierungsschwerpunkte früh gesetzt. Das kommt uns heute zugute. Wir haben in unserer Konsolidierungsplanung realistische Schritte vorgegeben und solide geplant. Wir haben uns angestrengt, und wir waren damit erfolgreich.

Dabei ist auch klar – das würde ich niemals leugnen –, dass wir während der Konsolidierung Rückenwind durch die anhaltend gute Wirtschaftsentwicklung und die niedrigen Zinsen bekommen haben.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ach, doch!)

Diese für die öffentlichen Haushalte günstigen Einflüsse haben wir für die konsequente Konsolidierung und für den Haushaltshaushalt genutzt.

Für den ausgeglichenen Haushalt waren darüber hinaus weitere deutliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig und werden es auch weiterhin sein. Wir planen weiterhin vorsichtig und wirtschaftsorientiert. Das ist unsere eigene politische Leistung.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Ländervergleich zeigt sich ganz klar, dass die Sparmaßnahmen des Landes viel zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben:

Der strukturelle Saldo – in Abgrenzung des Stabilitätsrates – hat sich beim Land Rheinland-Pfalz im Zeitraum von 2011 bis 2017 doppelt so stark verbessert wie im Durchschnitt der westlichen Flächenländer.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Hört, hört!)

Dies liegt insbesondere daran, dass wir die Ausgaben erfolgreich begrenzt haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im vorliegenden Haushalt wirken sich umfangreiche Entlastungen durch bisherige Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin aus. Darüber hinaus sind weitere aktuelle Einsparungen enthalten, darunter vor allem die weitere Umsetzung des Abbaus von 2.000 Stellen, die möglichen Reduzierungen bei den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Übertragung der Landesfamilienkasse an die Bundesagentur für Arbeit, als erstes Bundesland, um nur einige Beispiele zu nennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin allen dankbar, die den nicht immer leichten Konsolidierungskurs der Landesregierung mittragen und unterstützen. Unser gemeinsamer Erfolg trägt ein gutes Stück dazu bei, dass wir den kommenden Doppelhaushalt so zuversichtlich aufstellen können, wie es der Regierungsentwurf vorsieht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu der Zuversicht trägt auch die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation bei: Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit in einer außergewöhnlich günstigen Lage. Der lang anhaltende Aufschwung setzt sich mittlerweile im neunten Jahr fort. Man muss allerdings auch sagen, die Anzeichen mehren sich, dass die Spalte des Aufschwungs erreicht ist. Für die nächsten beiden Jahre ist zwar auch ein solides reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten, aber nicht mehr die starke Dynamik der vergangenen drei Jahre.

Erfreulich ist die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, von der die Menschen im Land, aber natürlich auch die öffentlichen Haushalte profitieren. Im September 2018 ist die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz auf ein neues Rekordtief von 4,2 % gesunken.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich der Aufschwung – anders als in der Vergangenheit – insbesondere auf die Entwicklung im Inland stützt. Aus meiner Sicht zeigt sich dabei, dass faire Lohnerhöhungen, das heißt eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wirtschaftswachstum, ebenfalls der Wirtschaftsentwicklung im eigenen Land zugutekommen.

Das Wachstum hat sich in den Jahren 2016 und 2017 aber auch deshalb merklich beschleunigt, weil sich auch in vielen anderen europäischen Staaten die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert hat.

Trotz der günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es wichtig, dass wir bestehende Risiken im Blick behalten.

Ich betone dies an dieser Stelle ganz bewusst und möchte daran erinnern, dass die Weltwirtschaft vor genau zehn Jahren in den Abgrund geschaut hat. Damals gipfelte die bereits schwelende Finanzmarktkrise in der Insolvenz von Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten. Diese entwickelte sich in kürzester Zeit zu einer fast weltweiten Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise. So erlebte Deutschland im Jahr 2009 den schlimmsten Konjunktureinbruch der Nachkriegsgeschichte. Das Bruttoinlandsprodukt ging real um 5,6 % zurück.

Heute, ein Jahrzehnt später, haben sich die Steuereinnahmen nicht nur normalisiert. Dank des lang anhaltenden Aufschwungs sind sie deutlich gestiegen. Auch in der Absicherung gegen eine neue Finanzmarktkrise wurde vieles erreicht. Gleichwohl sind die Probleme und Folgen der Krise auch heute noch nicht vollständig überwunden.

Der Rückblick auf die erst zehn Jahre zurückliegende ernste Krise soll uns demütig und vorsichtig machen. Er zeigt, wie wichtig es ist, auch in guten Zeiten einen realistischen Blick für bestehende Risiken zu haben. Derzeit gibt es Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gerade auch im außenwirtschaftlichen Bereich. Zu nennen sind insbesondere die schwelenden Handelskonflikte, der Brexit, aber auch die anhaltend hohe Verschuldung in einigen europäischen Staaten und in China. Das untermauert, wie wichtig es ist, in guten Zeiten Überschüsse einzuplanen und Haushalte für die Zukunft abzusichern!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erfahrungen mit der Krise und die bestehenden Risiken sind aber auch deutliche Hinweise darauf, wie wichtig europäische Politik ist. Europäische Politik ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Europa und daher auch für die Entwicklung in Deutschland von großer Bedeutung. Wir haben es als Europäerinnen und Europäer gemeinsam in der Hand, die Zukunft zu gestalten. Europa ist unsere gemeinsame Verpflichtung! Europa ist unsere gemeinsame Zukunft!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach meiner Überzeugung braucht die Europäische Union weiterhin und in noch höherem Maße eine intensive, verständige Kooperation. Davon hängen soziale und wirtschaftliche Ziele der EU und in allen Mitgliedstaaten ab.

Deshalb halte ich es für richtig, dass Solidarität, Investitionen, Gerechtigkeit und Chancen gerade auch im europäischen Kontext künftig eine noch größere Rolle spielen sollen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür – auch das füge ich hinzu – müssen wir uns gerade aus deutscher Sicht einsetzen. Als Exportnation sind wir stark mit unseren europäischen Nachbarn verflochten. Rheinland-Pfalz profitiert besonders vom Außenhandel. Über die Hälfte der bei uns hergestellten Produkte geht ins Ausland, insbesondere ins europäische.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in Europa bei wahrhaftiger Betrachtung große gemeinsame Interessen. Diese müssen wir in Zukunft noch gezielter wahrnehmen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All dies sind die Rahmenbedingungen, die wir bei der Aufstellung des Doppelhaushalts und bei der weiteren Finanzplanung zu berücksichtigen hatten.

Wir setzen mit diesem Haushalt wichtige Impulse für die Zukunft des Landes: Wir legen Schwerpunkte auf Bildung, auf Klimaschutz, auf Kommunen und auf Innere Sicherheit. Wir stellen wichtige Weichen, um die Infrastruktur und die Digitalisierung in unserem Land weiter voranzubringen. Kurz gesagt: Wir wollen gemeinsam und zuversichtlich die Zukunft des Landes gestalten!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir von der Gestaltung unserer Zukunft sprechen, ist ein Thema damit untrennbar verknüpft: die Digitalisierung.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung gestaltet aktiv den digitalen Wandel. Dies zeigt besonders deutlich auch unsere „Strategie für das digitale Leben“, an der wir gemeinsam und ressortübergreifend arbeiten. Unsere Aufgabe ist es, die Chancen zu nutzen und die Risiken im Blick zu haben. Wir schaffen die Rahmenbedingungen und Spielregeln, damit die Technik den Menschen dient und niemals andersherum. Die Digitalisierung soll und kann dabei helfen, Probleme zu lösen. Wir nehmen diese Aufgabe gerne an. Für Digitalisierungs- und IT-Maßnahmen stehen jährlich über 300 Millionen Euro zur Verfügung.

Gerade in Rheinland-Pfalz als einem ländlich geprägten Land mit einer starken Industrie und einem starken Mittelstand wird die Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur immer bedeutsamer. Das ist so wichtig, weil sich die Zukunft für manche Regionen und manche Berufe am Zugang zum Internet entscheidet.

Die Landesregierung hat den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastrukturen zu einer ihrer Kernaufgaben erklärt. Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren bei der Versorgung mit schnellem Internet von 6,8 % Ende des Jahres 2010 auf knapp 80 % Ende des Jahres 2017 stark aufgeholt. Damit liegen wir auf Platz 1 im Ländervergleich bei der Ausbaudynamik.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Das ist aber für uns kein Grund nachzulassen, im Gegen teil: Es gibt noch einiges zu tun!

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach nein!)

Mit diesem Doppelhaushalt stellen wir die Weichen für den künftigen Ausbau der Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft. Mit einem zusätzlichen Verfügungsrahmen in Höhe von insgesamt 575 Millionen Euro für die kommenden Jahre schaffen wir die erforderlichen finanziellen Voraussetzungen für den Gigabit-Ausbau. Dieser wird mit einer Rücklage von insgesamt 100 Millionen Euro abgesichert. An diesen Zahlen wird die Mammutaufgabe deutlich: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in unserem Land ist ein besonderer Schwerpunkt dieses Haushalts.

Durch die fortschreitende Digitalisierung befindet sich die Lebens- und Arbeitswelt unserer globalisierten Gesellschaft in einem Transformationsprozess, in dem die Landesregierung die Unternehmen begleiten und unterstützen wird.

Auch traditionelle Betriebe wollen die digitalen Möglichkeiten sicher und einfach nutzen. Nehmen Sie als Beispiel autonom fahrende Arbeitsgeräte auf dem Acker oder Flugdrohnen über dem Weinberg in Steilstufen, die Arbeitsprozesse effizienter gestalten können. Ein weiteres Beispiel ist die Düngung. Durch die elektronische Nutzung der Daten wird nicht nur beim Einkauf von Dünger gespart, sondern es werden vor allem Nährstoffverluste verringert, und damit wird das Trinkwasser geschont.

Daran ist gut zu erkennen, dass neben den landwirtschaftlichen Betrieben auch Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz in erheblichem Umfang von der Digitalisierung in der Landwirtschaft profitieren können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Haushalt ist auch deswegen zukunftsorientiert, weil wir mit zielgerichteten Investitionen die Voraussetzungen für den Wohlstand von morgen schaffen. Wir wollen dauerhaft und strukturell abgesichert gezielte Investitionen im Land tätigen, die die notwendigen Ersatzinvestitionen sicherstellen und den Infrastrukturausbau in wichtigen Zukunftsfeldern kräftig vorantreiben.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode stellen wir deutlich höhere Mittel für Investitionen zur Verfügung. Im neuen Doppelhaushalt haben wir die Investitionsausgaben 2019 im Vergleich zu 2018 um weitere rund 200 Millionen Euro erhöht. 2020 liegen sie um rund 180 Millionen Euro höher als der Ansatz 2018. In beiden Haushaltsjahren stehen jeweils über 1,5 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung. Damit steigt die Investitionsquote deutlich.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist
das!)

Und wenn man die richtigen Vergleiche nimmt, wird das auch keiner infrage stellen können.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Weit hinter
Bayern!)

In welchen Bereichen investieren wir konkret? Was ist uns wichtig?

Wir investieren in Bildung: Die Schulbauinvestitionen sind so hoch wie nie zuvor – insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz über 1.000 Baumaßnahmen an Schulen. 60 Millionen Euro pro Jahr stehen über das Schulbauprogramm des Landes zur Verfügung. Hinzu kommen 541 Millionen Euro im Rahmen des bundesweiten Investitionsprogramms für finanzschwache Kommunen, etwa drei Viertel davon für Schulen. In die digitale Bildung investieren wir ca. 17 Millionen Euro pro Jahr.

Wir investieren in den Straßenbau und stärken den öffentlichen Nahverkehr. Das Landesstraßenbauprogramm wird auf 124 Millionen Euro im Jahr 2019 und 126 Millionen Euro im Jahr 2020 erhöht.

Beim Landesbetrieb Mobilität werden 61 zusätzliche Stel-

len geschaffen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was ein riesen Sprung!)

– Das ist die gemeinsame Freude bei Herrn Wissing und Herrn Baldauf über die Investitionen, die ich da eben gesehen habe.

Beim Landesbetrieb Mobilität werden 61 zusätzliche Stellen geschaffen, auch sehr erfreulich, 30 davon im technischen Bereich für die Planung von Projekten, auch für Brücken, sowie zur Abwicklung steigender Bundesmittel.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Eigentlich wollten wir nur 60!)

Auch die Investitionsmittel im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs werden auf rund 37 Millionen Euro im Jahr 2019 und rund 41 Millionen Euro im Jahr 2020 gesteigert.

(Unruhe des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, Sie wollen doch morgen zu all den Zahlen etwas sagen. Da müssen Sie doch jetzt gerade mal eben noch einmal zuhören.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich habe es ja schon gelesen!)

Zum Beispiel für die Einrichtung und Modernisierung von Haltepunkten,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das wird Ihnen aber nicht gefallen, was wir dazu sagen!)

für die Verbesserung der Infrastruktur sowie für die Reaktivierung von Bahnstrecken.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das sind jetzt die vielen schönen Zahlen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir wollen sie alle hören!)

Wir investieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Landesbau: Die Investitionsausgaben steigen um 32 Millionen Euro auf insgesamt 330 Millionen Euro im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung. Der Hochschulbau bildet dabei weiterhin den Schwerpunkt der Bauausgaben.

Eines ist mir noch ganz wichtig: Wir investieren in die Krankenhausfinanzierung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Die Krankenhausfinanzierung steigt um 4,2 Millionen Euro auf 147 Millionen Euro im Jahr 2019 bzw. um 18,3 Millionen Euro auf 161 Millionen Euro im Jahr 2020 – das ist wirklich eine spürbare Erhöhung.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Ländervergleich brauchen wir uns nicht zu verstecken. Ländervergleiche im Bereich der Investitionen sind methodisch nicht ganz einfach. Extrahaushalte und Kommunen sind wegen der unterschiedlichen Aufgabenverteilung in den Ländern mit zu berücksichtigen. Schaut man sich die Sachinvestitionen von Kern- und Extrahaushalten der Länder und Kommunen an, so liegen wir im Vergleich der westlichen Flächenländer auf einer guten mittleren Position.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sorgen also umfassend für die richtigen Investitionen, die unser Land voranbringen. Der klassische Investitionsbegriff allerdings bezieht sich schon lange nicht mehr auf alle Ausgaben, die für eine günstige Beeinflussung der Zukunft notwendig sind. Mindestens genauso wichtig wie Investitionen in die Infrastruktur sind für uns Investitionen in die Fähigkeiten und das Können von Menschen.

Diese Investitionen „in Köpfe“ zeigen sich in unserem Haushalt ganz besonders im Bereich der Bildung. Der Einzelplan des Ministeriums für Bildung ist der größte Ressorthaushalt. Er stattet unsere Jüngsten, die nachfolgenden Generationen, für die Zukunft unseres Landes aus.

Er umfasst 4,7 Milliarden im Jahr 2019 und 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2020.

(Zuruf von der SPD: Es geht um die Kinder!)

Gemessen an den bereinigten Gesamtausgaben ist das mehr als ein Viertel unserer Ausgaben, das wir für schulische und frühkindliche Bildung zur Verfügung stellen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Respekt!)

Rheinland-Pfalz lässt sich Kindertagesbetreuung etwas kosten und liegt dabei im Ländervergleich ganz vorn: Mehr als 95 % der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren besuchen eine Kita. Frühe Bildung und Erziehung dienen der frühen Förderung von Kindern ebenso wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden auch weiterhin die quantitative und qualitative Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz vorantreiben: beitragsfrei, gerecht und gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir darüber hinaus auf die Schulen in unserem Land blicken, wird deutlich: Dieser Einzelplan ist ein Personalhaushalt. 40.000 Lehrkräfte – rund 50 % aller Personalausgaben des Landes sind hier veranschlagt.

Wir verfolgen kontinuierlich das Ziel, die Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern und machen dies zu einem Schwerpunkt unserer Bildungspolitik. Dafür investieren wir jedes Jahr mehr als 2 Milliarden Euro und planen langfristig und vorausschauend. Im Doppelhaushalt schaffen wir 260 neue Stellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung.

(Zuruf von der SPD: Ein Lob von Herrn Baldauf!)

Damit ermöglichen wir auch in den kommenden zwei Jahren sehr gute Bedingungen an den Schulen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können mit Stolz sagen, dass Rheinland-Pfalz absoluter Vorreiter beim erfolgreichen Ausbau von Ganztagschulen war und ist. Wir sind das Land der Ganztagschulen: Bereits 2002 hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland ein eigenes Landesprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen aufgelegt und seither Mittel im Umfang von über 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Und wir lassen auch hier nicht nach: Der Ausbau läuft konsequent weiter. Für die Personalversorgung der Ganztagschulen werden mehr als 90 Millionen Euro pro Haushaltsjahr aufgewendet.

Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft. Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler so fördern, dass sie ihre Fähigkeiten und Talente optimal entfalten können. Uns ist es besonders wichtig, dass Menschen mit Behinderungen ein Platz mitten in der Gesellschaft und Teilhabe in allen Bereichen ermöglicht wird. So haben wir allein für die Umsetzung der schulischen Inklusion jährlich rund 50 Millionen Euro veranschlagt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der schulischen Ausbildung sichern wir mit diesem Haushalt auch ein am Bedarf orientiertes Studienangebot und eine hohe Qualität des Studiums an unseren Hochschulen. Den Rahmen dafür setzen wir durch die Ausfinanzierung des Hochschulpakts mit fast 125 Millionen Euro jährlich und die Fortschreibung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Auf dieser Basis bauen wir schrittweise vorhandene Stärken aus, starten aber auch Neues.

Die Forschungsinitiative, das zentrale Förderinstrument zur Schärfung der Forschungsprofile der Hochschulen im Land, geht mit einem Volumen von 20 Millionen Euro pro Jahr in eine neue Runde.

Dass langfristige Förderung und gezielte Ausrichtung zum Erfolg führen, dafür ist die Physik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ein schönes Beispiel. Gera-de eben wurde positiv entschieden, dass PRISMA+ weiter als Exzellenzcluster im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert wird. Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Toller Erfolg!)

Forschung auf hohem wissenschaftlichen Niveau, Lehre für die kommenden Generationen und Spitzenmedizin für uns alle in Rheinland-Pfalz, das leistet die Universitätsmedizin. Im Sinne dieser Agenda haben wir uns dazu entschlossen, für dringend notwendige und bereits getätig-te Investitionen im Jahr 2019 einen Tilgungszuschuss von 70 Millionen Euro an die Universitätsmedizin zu leisten.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sehr gut!)

Darüber hinaus stehen wir auch langfristig zu den Leis-tungen der Universitätsmedizin und werden den Zuschuss des Landes im Doppelhaushalt dauerhaft um 10 Millionen Euro jährlich erhöhen.

Auch im Bereich Bauen werden wir unserer Verantwor-tung gerecht: 144 Millionen Euro stehen für Baumaßnah-men der Universitätsmedizin bereit, zum Beispiel für den Neubau des Comprehensive Cancer Center. Damit ist die Universitätsmedizin im kommenden Doppelhaushalt einer unserer Schwerpunkte.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über die Gestaltung unserer Zukunft reden, dann gehört der verantwortungsbewusste Umgang mit unserer Natur un-trennbar dazu.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Richtig!)

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Alle unsere Lebensbereiche werden davon betroffen sein. Daher haben wir die Mittel für den Klima-schutz, für die Energiewende und für die Wärmewende aufgestockt – insgesamt stehen nun im Doppelhaushalt mehr als 25 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Starkregenereignisse des Frühsommers sowie die Hitze und Dürre des Sommers bestärken uns darin, konse-quent an der Erreichung unserer und der internationalen Klimaziele weiterzuarbeiten.

Für den Naturschutz stehen im Doppelhaushalt 2019/2020 jährlich jeweils mehr als 15 Millionen Euro zur Verfügung. Wir fördern daraus Naturschutzgroßprojekte wie die „Hir-tenwege“ oder die „Bänder des Lebens“, aber auch kleine, nicht minder wichtige Projekte. Dazu gehören zum Beispiel auch jeweils 2 Millionen Euro pro Jahr für die „Aktion Grün“. Zahlreiche Projekte im ganzen Land können so umgesetzt werden und tragen zum Erhalt unserer Biodiversität bei.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt: Der Nationalpark erhält im Jahr 2019 und im Jahr 2020 jeweils deutlich mehr Mittel. Insgesamt stehen über 11 Millionen Euro zur Verfügung. Der Nationalpark, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie sich eine ganze Region für ein gemeinsames Ziel starkmacht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, die Politik der Landesregierung und speziell dieser Doppelhaushalt sind geprägt durch gemeinsames, zuver-sichtliches Handeln.

Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land mit einer Gesellschaft, die sich aus guten Gründen viel zutrauen kann. Wir sind das Land des Ehrenamts. Wir haben eine erfolgreiche

Wirtschaft und eine hohe Beschäftigung. Bei uns werden das Miteinander und die Teilhabe aller Menschen großgeschrieben.

Dies alles sind gute Voraussetzungen für eine sozial gerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik. Der vorliegende Haushalt ist dabei nur ein Baustein, aber immerhin ein wichtiger Baustein. Wir wollen die bestehenden Aufgaben und die Herausforderungen der Zukunft beherzt anpacken. Zuversichtlich zu handeln, das dürfen wir uns gemeinsam ruhig zutrauen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam – damit meine ich auch Land und Kommunen.

Für das Zusammenleben in Rheinland-Pfalz sind das kommunale Engagement und die kommunale Stärke von entscheidender Bedeutung. Die Daseinsvorsorge wird vor Ort in ganz erheblichem Maße durch die Gemeinden, Städte und Landkreise wahrgenommen.

Die Kommunen leisten tagtäglich eine wertvolle Arbeit für alle Menschen. Dieser beständige Einsatz vor Ort ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Land und Kommunen streben bestmögliche Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger an. Das Land ist und bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das sehen die Kommunen aber ganz anders, fragen Sie mal die Landkreise!)

– Keine Sorge, zu den Kommunen, die das ganz anders sehen, komme ich gleich auch noch.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Deswegen gehen sie auch vor Gericht!)

Die Finanzlage der Kommunen hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Im Jahr 2009 lag der kommunale Finanzierungssaldo infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise bei minus 868 Millionen Euro. Seitdem weisen die kommunalen Finanzen eine kontinuierliche positive Entwicklung auf.

Im Jahr 2015 erzielten die Kommunen insgesamt – erstmals seit 25 Jahren – einen Finanzierungsüberschuss von 82 Millionen Euro. Anschließend war der Finanzierungssaldo im Jahr 2016 mit minus 15 Millionen Euro nahezu ausgeglichen. Aktuell konnte die kommunale Familie im Jahr 2017 erneut einen Überschuss erzielen. Dieser war mit 431 Millionen Euro noch deutlich höher als im Jahr 2015.

Also, der Überschuss der Kommunen im vergangenen Jahr ist kein einmaliges Ereignis, sondern steht für eine langfristige Entwicklung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Richtig!)

Diese ist für die Kommunen ein großer Erfolg. Ich sage sehr bewusst, diese ist für die Kommunen ein großer Er-

folg.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Deshalb schreiben die einen Brandbrief!)

Jetzt kommen wir zu den Kommunen, die das ganz anders sehen. Ich habe es fast als Geschenk empfunden, dass es zwei Tage vor den Haushaltsberatungen gesagt wurde. Ich finde es auch gut und redlich. Wenn dieser Tage die Stadt Pirmasens, deren Oberbürgermeister Vorsitzender des Stadttetags Rheinland-Pfalz ist, wie Sie wissen, einen ausgewogenen Nachtragshaushalt 2018 vorlegt und dabei ganz ausdrücklich – zumindest schreibt es die Zeitung so, und ich glaube, dass es stimmt – auch auf die neu eingeführte Schlüsselzuweisung C3 des Landes verweist,

(Heiterkeit des Abg. Alexander Licht, CDU)

spätestens dann müsste vielleicht auch bei der Opposition ein Umdenken einsetzen.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Christian Baldauf und Alexander Licht, CDU –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Fragen Sie einmal die Landkreise!)

Sie fordern mich jetzt heraus, weil Sie sagen: Ach ja, das ist jetzt einmal so! –

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Fragen Sie einmal die Landkreise!)

Dann möchte ich auch mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren. Als er das gesagt hat, springt ihm dann noch sein Finanzdezernent, Michael Schieler, zur Seite und sagt auf die Frage, ob das jetzt einmal so ist – ich darf das Zitat von Herrn Schieler aus der RHEINPFALZ nennen –: „Tendenziell geht das weiter so.“

(Abg. Jochen Hartloff, SPD: Ach nein! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie müssen vielleicht einfach noch einmal schauen, wie sich die Dinge entwickeln,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Fragen Sie einmal den Landkreistag Rheinland-Pfalz, was der von Ihrer Politik und Ihrer Unterstützung der Kommunen hält!)

Ihre Argumente noch einmal etwas schärfen und sehen, ob Sie sie an einer oder anderen Stelle weiterentwickeln können. Auf jeden Fall kommen die Veränderungen bei den Kommunen an. Wir messen dem als Land eine hohe Bedeutung zu.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die finanzielle Stärkung der Kommunen war bisher ein Schwerpunkt im Landeshaushalt, und sie wird es auch in Zukunft bleiben.

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 67. Sitzung, 23.10.2018

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den kommenden Jahren können die Kommunen mit guten eigenen Steuereinnahmen rechnen. Diese steigen voraussichtlich auf rund 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2020. Dies sind allein an Steuereinnahmen rund 700 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr, das die Kommunen deutlich im Plus abschlossen.

Daneben wächst die finanzielle Unterstützung durch das Land weiterhin kräftig: Der kommunale Finanzausgleich (KFA) steigt im Jahr 2019 um 226 Millionen Euro und im Jahr 2020 um insgesamt 341 Millionen Euro auf dann nahezu 3,3 Milliarden Euro. Betrachten Sie bitte diese Zahl noch einmal: Dies sind 1,3 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2013.

Wir sprechen beim KFA über mehr als ein Sechstel des Landshaushalts. Der kommunale Finanzausgleich steigt von 2013 bis 2020 dreimal so stark wie die übrigen Ausgaben des Landes. Die jahresdurchschnittliche Steigerung liegt bei 7,3 %.

Mit diesen Zuwächsen sind wir bundesweit spitze. Für den Zeitraum von 2010 bis 2017 – auch da ein kleines Geschenk – gibt es einen aktuellen Ländervergleich. Diesen kann man nachlesen. Demnach sind die Steigerungsraten unseres kommunalen Finanzausgleichs so hoch wie in keinem anderen Bundesland!

(Abg. Alexander Licht, CDU: Sie beleidigen jetzt das Milchmädchen!)

Diese starke Entwicklung wirkt sich auch über das Jahr 2020 hinaus langfristig aus, weil ein stetiges Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs gesetzlich garantiert ist.

Darüber hinaus fließen auch außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erhebliche Mittel an unsere Kommunen. Insgesamt beträgt die Unterstützung 6,1 Milliarden Euro im Jahr 2020. Dies entspricht einem Drittel des gesamten Haushaltsvolumens.

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zum Thema „Altschulden“ sagen. Bereits im Jahr 2012 hat das Land gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich den Kommunalen Entschuldungsfonds mit einem Volumen von bis zu 3,8 Milliarden Euro aufgelegt. Mit dem vorliegenden Haushalt schaffen wir die Voraussetzungen, um diese Unterstützung zu ergänzen.

Es ist ein Gebot der Stunde, das aktuell niedrige Zinsniveau zur langfristigen Absicherung der Zinsausgaben zu nutzen. Hierbei hilft der Zinssicherungsschirm. Zusätzlich wollen wir mit einem Bonusprogramm den Schuldenabbau unterstützen. Parallel setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ die Verschuldung der Kommunen als ein wichtiges Thema behandeln wird, und bringen uns aktiv in die entsprechende Arbeitsgruppe ein, die letzten Donnerstag das erste Mal getagt hat. Übrigens hat Herr Staatssekretär Weinberg den Co-Vorsitz in der Arbeitsgruppe.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Frau Klöckner ist auch dabei! Das muss man auch einmal erwähnen! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Dann wird es ein Erfolg!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage das, weil ich etwas Nettes zu meinem Staatssekretär sagen wollte. Aber ich sage es natürlich auch, weil es deutlich macht, wie wichtig uns das Thema „Kommunale Finanzen“ ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da müssen wir einmal Frau Klöckner fragen, was er da verhandelt!)

Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist die Innere Sicherheit ein Schwerpunkt dieses Haushalts und ein Kernanliegen der Landesregierung. Wir wollen Polizei und Justiz stärken. Dabei gehen wir bedarfsgerecht vor: Wir brauchen mehr Personal und eine moderne technische Ausstattung.

Der Personalbestand der rheinland-pfälzischen Polizei soll – wie bereits zu Beginn der Legislaturperiode geplant – bis Ende 2021 auf 9.160 Vollzeitäquivalente ansteigen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Bislang ist noch nichts passiert!)

Das entspricht bis zu 9.600 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Dieses Ziel werden wir erreichen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Bravo!)

Hierzu haben wir die Einstellungszahlen an der Hochschule der Polizei bereits gesteigert. Für das Jahr 2018 sind 580 Einstellungen vorgesehen – so viele wie noch nie! Mit dem vorliegenden Haushalt schaffen wir pro Jahr noch 25 weitere Anwärterstellen.

Darüber hinaus sorgen wir für personelle Verstärkungen durch Fachkräfte für Technik und die Bekämpfung von Cybercrime sowie durch Verwaltungs- und Tarifpersonal zur Entlastung und Unterstützung des Polizeivollzugs.

Dieser Haushalt stärkt den Polizeibereich um weitere rund 220 Stellen. Wir unterstützen damit eine Entwicklung, die schon seit Jahren in vollem Gange ist. Jetzt hören Sie zu: Laut Statistischem Bundesamt hatte Rheinland-Pfalz von 2000 bis 2017 mit 10,9 % den höchsten Personalzuwachs aller Bundesländer im Aufgabenbereich der Polizei.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Vorher habt Ihr nichts gemacht! –
Zurufe der Abg. Uwe Junge und Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir stellen der Polizei eine Ausstattung zur Verfügung, die ihrem anspruchsvollen Auftrag gerecht wird. Für Investitionen in die Polizei stellt dieser Haushalt insgesamt fast

60 Millionen Euro bereit.

Beispielsweise wird eine neue Generation von Streifenwagen und Motorrädern beschafft. Auch ist der Neubau eines Streckenbootes für die Wasserschutzpolizei im Jahr 2020 geplant. Zudem investieren wir in die Schutzausstattung unserer Polizistinnen und Polizisten.

Die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei sind wesentliche Bausteine einer effizienten und zukunftsorientierten Polizeiarbeit. Wir investieren zum Beispiel in eine gemeinsam nutzbare und einheitliche Leitstellentechnik für die Polizei sowie auch für den Rettungsdienst und die Feuerwehr. Mit unseren Modernisierungsprojekten werden wir den hohen Ansprüchen der Menschen und unserem Selbstverständnis von einer professionellen und modernen „Bürgerpolizei“ gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, wir stärken auch die Justiz und setzen einen klaren Fokus auf einen starken und effektiven Rechtsstaat. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf die Rechtssicherheit vertrauen können und haben Anspruch auf schnelle und effiziente Verfahren.

Wir wollen die Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug personell verstärken. Hierzu schaffen wir 50 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Hinzu kommen 23 zusätzliche Stellen für Rechtspflegerinnen und -pfleger. Darüber hinaus bringen wir über alle Bereiche der Justiz 110 neue Anwärterstellen aus. Daneben umfasst der vorliegende Haushalt zehn zusätzliche Stellen im Psychologischen Dienst des Justizvollzugs. Mit dieser und weiteren gezielten Verstärkungen des Justizvollzugs wollen wir gerade auch eine Verbesserung der psychologischen und religiösen Betreuung der Gefangenen erreichen.

Auch für die Rechtssicherheit flankieren wir die Personalverstärkung mit moderner technischer Ausstattung: Hierzu bringen wir die Einführung der Elektronischen Akte mit 7,5 Millionen Euro weiter voran. Bei der Digitalisierung der Justiz ist es uns besonders wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit leistungsfähiger Hard- und Software auszustatten.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Die Investitionen dieses Haushalts in die Innere Sicherheit und den Rechtsstaat sind kraftvoll, umfassend und bedarfsgerecht. Das entspricht der Bedeutung der Sicherheit für unser Zusammenleben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Uwe Junge, AfD: Sie kennen doch
den Bedarf gar nicht!)

Gute Rahmenbedingungen – von der Bildung über die Infrastruktur bis hin zur Inneren Sicherheit – sind auch von zentraler Bedeutung für eine gute Entwicklung des Wirtschaftsstandorts.

Wir engagieren uns durch Wirtschaftsförderung zum Beispiel für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben. Dafür stellen wir rund 24 Millionen Euro pro Jahr an

Landesmitteln bereit. Hinzu kommen EU-Mittel von bis zu 20 bis 30 Millionen pro Jahr.

Wir fördern damit auch Investitionen von Unternehmen in strukturschwachen Regionen. Gerade dort ist es wichtig, dass möglichst viele qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Die Landesregierung möchte die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts nachhaltig sichern und stärken.

Auch ein erfolgreiches Gastgewerbe ist eine hervorragende Visitenkarte für Rheinland-Pfalz. Wir sind ein liebens- und lebenswertes Land. Bei uns kann man Natur- und Kulturlandschaften genießen – und das hat sich herumgesprochen: Im Jahr 2017 kamen 9,8 Millionen Besucherinnen und Besucher nach Rheinland-Pfalz, so viele wie noch nie. Die Zahl der Übernachtungen erreichte mit 25,3 Millionen ein neues Rekordniveau. Das ist ein großer Erfolg für unsere Tourismusbetriebe und deren über 150.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir sehen im Tourismus einen wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor mit Potenzial, den wir weiter stärken wollen. Daher erhöhen wir die Tourismusmittel auf 10 Millionen Euro im Jahr 2020.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Uu!)

Auch dafür werben wir mit diesem Haushaltsentwurf um Ihre Unterstützung!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Hüttner, SPD: Das ist doch
etwas!)

Besonders wichtig ist für das Land und gerade auch für die Wirtschaft das Thema „Fachkräftesicherung“.

Gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Sie prägen die Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Für die berufliche Orientierung stellen wir im Doppelhaushalt 2019/2020 über 2,5 Millionen Euro und zusätzlich über 5.000 Lehrerwochenstunden zur Verfügung und investieren damit direkt in die Zukunft.

Wir stärken auch die duale Ausbildung und fördern die berufliche Bildung mit 25 Millionen Euro pro Jahr. Der neue Meisterbonus läuft aktuell im zweiten Jahr und wird von den erfolgreichen Nachwuchstalenten gut angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so wie die Wirtschaft spüren auch die öffentlichen Arbeitgeber die demografische Entwicklung und in bestimmten Bereichen eine verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Auch vor diesem Hintergrund haben wir uns zu einem deutlichen Schritt bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst entschieden.

Die für den Bereich der Beschäftigten geltenden Tarifergebnisse werden wir erneut übernehmen. Mit der Erhöhung der Besoldung in den Jahren 2019 und 2020 zusätzlich

um weitere jeweils 2 % gehen wir aber darüber hinaus. Allein diese zusätzliche Anpassung ist im Haushalt mit 50 Millionen Euro im Jahr 2019 und 150 Millionen Euro im Jahr 2020 unterlegt.

Diese Verbesserungen sind ein wichtiger Baustein für die Fachkräfteicherung im öffentlichen Dienst. Damit wollen wir bis Ende 2020 beim Besoldungsvergleich der Länder einen angemessenen Platz im Mittelfeld erreichen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung sieht in diesem Haushalt auch neue Stellen vor, und das aus guten Gründen: Die Herausforderungen haben sich verändert, und wir werden neue Aufgaben erfüllen.

Insbesondere sehen wir einen höheren Bedarf, bestimmte Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verstärken und zu verbessern. Das heißt zusätzliches Personal: mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Klassenräumen, mehr Dozentinnen und Dozenten in den Hörsälen, mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Personal für Schlüsselbereiche der Umweltverwaltung, mehr Richterinnen und Richter – um nur die größten Bereiche zu nennen.

Gleichzeitig reduzieren wir in anderen Bereichen Stellen. Die Landesregierung hat im Jahr 2016 beschlossen, 2.000 Stellen abzubauen. Dieser Stellenabbau ist im vorliegenden Haushalt abgebildet.

Nur die kontinuierliche Umsetzung dieses Abbauprogramms gibt uns die Möglichkeit und die Kraft, in die eben genannten personellen Verstärkungen investieren zu können. Beide Handlungsfelder – die Stellenreduzierungen wie auch die Stellenzuwächse – sind transparent im Haushalt dargestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eingangs habe ich diesen Doppelhaushalt als einen Haushalt beschrieben, der alle Menschen in den Blick nimmt. Lassen Sie mich diesen Gedanken aufgreifen und noch einige Dinge ansprechen, die alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer betreffen.

Ich möchte bewusst mit der Kultur beginnen. Kunst und Kultur haben in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, allen Menschen – nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Regionen des Landes – die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Kultur trägt maßgeblich zur Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und gesellschaftlichen Fragestellungen bei.

Die Kulturausgaben steigen um rund 12 Millionen Euro bis 2020. Damit investieren wir zusätzlich in die kommunale Kultur – insbesondere zum Beispiel in Theater und Musikschulen. Und wir setzen einen Schwerpunkt auf die Musik. Zudem erhöhen wir die Förderung für die Soziokultur, die kulturelle Bildung und die Kultur im ländlichen Raum.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Auch ein bezahlbares Zuhause für alle Menschen ist zu einer der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Eine engagierte und gute soziale Wohnungspolitik ist unerlässlich.

Wir wollen gutes Wohnen in der Stadt und auf dem Land. In den Städten ist die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen besonders hoch. In den ländlich geprägten Dörfern gilt es, vorhandenes Potenzial zu stärken und zu nutzen.

Kernstück einer sozialen Wohnungspolitik ist die soziale Wohnraumförderung. Hierfür stellt dieser Haushalt unter Einbeziehung des Kreditvolumens der Investitions- und Strukturbank jährlich 300 Millionen Euro bereit. Die Förderung ist attraktiv. Bis Ende September dieses Jahres haben wir bereits 2.603 Wohneinheiten mit einem Volumen von rund 198 Millionen Euro gefördert.

In diesem Bereich erhalten wir zurzeit wertvolle Unterstützung des Bundes. Damit dies auch über das Jahr 2019 hinaus so bleibt, werben wir für die hierzu geplante Grundgesetzänderung. Wir werden aber auch im Land neue Formen der Kooperation zwischen den Kommunen befördern. Dies wird bereits Gegenstand der nächsten Sitzung unseres erfolgreichen Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen im November sein.

Nicht nur in der Wohnungspolitik setzen wir einen Schwerpunkt auf Familien. Die Familie ist der bedeutendste Bereich für die persönliche Zufriedenheit und entscheidend für ein gutes Aufwachsen unserer Kinder.

Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und fördern Maßnahmen zur frühen Unterstützung für Familien und zum Schutz des Kindeswohls. Zugleich stärken wir die Einrichtungen der Familien. Durch ihre offenen Angebote erreichen sie auch Familien in schwierigen Lebenslagen. Insgesamt erhöhen wir die Mittel für diesen Bereich für beide Jahre um rund 16 Millionen Euro auf rund 132 Millionen Euro in 2020.

Im Übrigen tragen wir als Land unseren Anteil dazu bei, dass der Bund das Kindergeld zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat und die Kinderfreibeträge anpassen kann. Diese Maßnahme ist mit rund 22 Millionen Euro im Jahr 2019 und 44 Millionen Euro im Jahr 2020 im Landshaushalt berücksichtigt.

Wenn wir über Familien sprechen, sind auch die Sicherstellung und Weiterentwicklung einer flächendeckenden guten pflegerischen Angebots- und Versorgungsstruktur und damit verbunden eine menschenwürdige, qualifizierte und wirtschaftlich leistungsfähige Pflege wichtige Schwerpunkte der Landesregierung. Das Land fördert in den bundesweit in dieser Form einmaligen 135 Pflegestützpunkten die Beratungs- und Koordinierungsarbeit, sichert das trägerübergreifende Beratungsangebot sowie den Auf- und Ausbau von Angeboten zur Unterstützung im Alltag. Mit dem Angebot Gemeindeschwester^{plus} fördern wir ein präventives Beratungsangebot, um zu Hause wohnende betagte Menschen dabei zu unterstützen, ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Dieses Angebot wird mit dem Haushalt weiter ausgebaut.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut!)

Zum guten Zusammenleben gehört auch, dass wir weiterhin großen Wert auf die Integration von Migrantinnen und Migranten legen. Die Anforderungen an Integration sind unvermindert hoch. Zwar war es möglich, bei der Erstaufnahme geflüchteter Menschen Kapazitäten zu reduzieren, gleichzeitig sind die Bedarfe in vielen Bereichen der Integration nach wie vor sehr groß. So auch bei der Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten mit einem Ansatz von 2,8 Millionen Euro, der unter anderem die Bereiche Sprachbildung und Sprachmittlung umfasst.

Sprachkenntnisse sind die Voraussetzung dafür, dass Integration überhaupt gelingen kann. Da das BAMF die andauernd hohe Nachfrage nach Integrationskursen nach wie vor nicht abdeckt, springt das Land ein und fördert niedrigschwellige Grundbildungs- und Sprachkurse. Die Nachfrage nach diesen Kursen ist sehr hoch und wird voraussichtlich weiter steigen.

Auch den Sprachmittlerdiensten kommt eine große Bedeutung zu. Die ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittler helfen durch Dolmetschen denjenigen Migrantinnen und Migranten, die noch keine oder nicht ausreichende Deutschkenntnisse haben, um etwa bei Behördengängen, Arztbesuchen oder Elterngesprächen in Kita und Schule zurechtzukommen.

Und auch das will ich abschließend sagen: Auch die Kommunen sind wichtige Akteure für die Integration geflüchteter Menschen. Auch hier ist das Land ein verlässlicher Partner. Wir werden die Kommunen zur Hälfte an der Integrationspauschale des Bundes für 2019 und 2020 beteiligen. Bereits im laufenden Jahr sollen die Kommunen zusätzlich rund 58 Millionen Euro und im Jahr 2019 weitere 48 Millionen Euro erhalten. Die Auszahlung der Mittel zu diesem vorgezogenen Zeitpunkt gibt den Kommunen nicht nur Planungssicherheit, sondern stellt auch hier den kommunalen Haushalten zusätzliche Mittel zur Verfügung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Mittel ist im Haushaltsplan abgebildet. Ich möchte Ihnen abschließend mit der Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2023 einen kurzen Ausblick auf die nächsten Jahre geben.

Ausgangspunkt unserer mittelfristigen Planung ist der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt. Dieser weist für das Jahr 2019 bereinigte Gesamteinnahmen von 17,9 Milliarden Euro und bereinigte Gesamtausgaben von 17,7 Milliarden Euro aus. Für das Jahr 2020 sind Gesamteinnahmen von 18,7 Milliarden Euro und bereinigte Gesamtausgaben von 18,3 Milliarden Euro vorgesehen.

Für beide Jahre ist keine Nettokreditaufnahme, sondern eine Nettotilgung geplant – in Höhe von 90 Millionen Euro und 212 Millionen Euro.

Damit erreichen wir – ich sage es noch einmal – nicht

nur erstmals seit 1969 den Bereich der Nettotilgung, sondern wir halten zugleich auch einen Sicherheitsabstand zur Schuldenbremse ein. Darüber hinaus sichern wir künftige Ausgaben über Rücklagen ab.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Finanzplanung konnten wir also im besten Sinne auf einem ausgeglichenen Haushalt aufbauen. Die Einnahmen und Ausgaben der Jahre 2021 bis 2023 wurden anhand der gesamtwirtschaftlichen Frühjahrsprojektion der Bundesregierung und der Steuerschätzung vom Mai fortgeschrieben und geplant.

In dieser Woche findet die Herbstsitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung in Hamburg statt. Wir erwarten, dass unsere Steueransätze durch die Regionalisierungsergebnisse weitgehend bestätigt werden.

Das reale Wirtschaftswachstum wird sich 2021 bis 2023 in Annäherung an die konjunkturelle Normallage mit rund 1,4 % Zuwachs pro Jahr merklich abschwächen. Damit ist gleichwohl eine weiterhin solide Entwicklung prognostiziert.

Der ausgeglichene Haushalt 2019/2020 ist kein Strohfeuer. Wir halten den strukturell ausgeglichenen Haushalt auch in mittlerer Frist ein. Darüber hinaus wurde in allen Jahren ein Sicherheitsabstand von jeweils rund 110 Millionen Euro eingeplant. Das ist eine solide Grundlage für die künftige Handlungsfähigkeit des Landes.

Um verantwortungsvoll und zukunftsorientiert mit den finanziellen Möglichkeiten umzugehen, haben wir in der Finanzplanung auch die erkennbaren Belastungen der nächsten Jahre ausgewiesen und eingeplant. Die Finanzplanung ist also keine Schönwetterprognose.

Nach der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, das Wertpapierankaufprogramm Ende 2018 auslaufen zu lassen, rechnen wir mittelfristig mit einer Normalisierung und damit einem deutlichen Anstieg des Zinsniveaus. In der Finanzplanung ist ein zügiger Anstieg des Zinsniveaus ausgehend von aktuell 0,8 % auf 3,5 % ab 2021 unterstellt und in die Berechnung der Zinsausgaben eingeflossen. Auch in diesem Punkt handeln wir verantwortlich.

Dank langfristiger Zinssicherung und erreichtem Konsolidierungsstand werden die aus dem Zinsanstieg erwachsenden Mehrausgaben tragbar sein. Der prognostizierte Schuldenstand am Kreditmarkt liegt 2021 dank stärkerer Konsolidierung um mehr als 1,8 Milliarden Euro niedriger als in der letzten Finanzplanung erwartet. Insgesamt geht der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben sogar langsam zurück.

Die Versorgungsausgaben werden sich hingegen merklich dynamischer als der Gesamthaushalt entwickeln. Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger wird in den nächsten Jahren zwar noch weiter ansteigen, die Kurve flacht jedoch ab. Bis 2023 erwarten wir einen Anstieg gegenüber 2017 um rund 15 %, die Versorgungsausgaben steigen im gleichen Zeitraum um rund 33 %. Im Jahresschnitt sind das rund 5 %. Auch die-

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 67. Sitzung, 23.10.2018

se Entwicklung ist in der Finanzplanung berücksichtigt.

Auch die Kommunen können in den Jahren 2021 bis 2023 überproportionale Zuwächse erwarten. Die Mittel im kommunalen Finanzausgleich steigen um insgesamt 15 % gegenüber 2020. Diese Zunahme ist weit stärker als die der Gesamtausgaben des Landes.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie es mich also noch einmal festhalten: Auch die Finanzplanung ist solide gerechnet. Sie zeigt: Wir werden die Schuldensbremse auch in Zukunft einhalten und dies bei steigender Investitionsquote und bei überproportionalen Zuwächsen der Mittel für die Kommunen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir planen solide, und wir wirtschaften solide.

Mit diesem Haushalt – davon sind wir überzeugt – legen wir einen guten Haushalt vor, einen Haushalt des Zusammenhalts, einen Haushalt, der wichtige Weichen stellt und all das unterstützt, auf das wir in Rheinland-Pfalz stolz sein können.

Dies ist ein Haushalt, der zu unserem Land passt, der zu uns Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern passt und der ausdrückt, wie wir gemeinsam und zuversichtlich unsere Zukunft gestalten wollen.

Zuversichtlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehe ich auch in die Haushaltsberatungen mit Ihnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Eifelkaserne Gerolstein und Mitglieder des Gesangsvereins 1868 Sörgenloch e. V. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Damit ist die heutige Sitzung beendet. Ich darf Sie zur morgigen 68. Plenarsitzung um 9:30 Uhr einladen.

E n d e d e r S i t z u n g : 1 5 : 1 5 U h r